



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER JUNI 2022

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

im Mai blüht die Natur so richtig auf. Das gilt wohl auch für das gesellschaftliche Leben. Ich freue mich sehr, auf vielen Veranstaltungen wieder viele Menschen treffen zu können. Der Terminkalender füllt sich mit Einladungen, die es so seit zwei Jahren nicht mehr gegeben hat. Das tut einfach gut.

Im Deutschen Bundestag haben wir den §219a StGB aus der Nazizeit endlich gekippt. Im Bereich Arbeit und Soziales konnten wir den Mindestlohn von zwölf Euro unter Dach und Fach bringen. Ab 1. Oktober bekommen 6,2 Millionen Menschen mehr Geld. Wir tun alles, um den Arbeitsmarkt stabil zu halten. Hohe Inflation und gleichzeitig abgeschwächte Wirtschaft sind keine guten Rahmenbedingungen — das muss man so sagen. Dennoch läuft der Motor Arbeitsmarkt sehr gut. Wir konnten mit der Fortschritts-Koalition endlich etwas für die 3 Millionen Menschen, die zwischen 2001 und 2015 in Erwerbsminderungsrente gehen mussten, tun. Wir werden die Renten deutlich aufwerten und sorgen dafür, dass Menschen, die im Hartz IV Bezug sind, zwar weiter mitmachen müssen, aber nicht übermäßig sanktioniert werden.

Es war ein voller und intensiver Mai. Für den Juni wünsche ich uns allen alles Gute.

Ihr/Euer 

2



Klartext: Paragraph 219a wird endlich gestrichen

5



Eine Pressemeldung und ihre Geschichte

7



1. Mai in Estenfeld: Freibier aus Tradition

8



SPD-Industriedialog mit Florian von Brunn

# KLARTEXT

## PARAGRAF 219A WIRD GESTRICHEN



Wir haben dafür gesorgt, dass Ärztinnen und Ärzte künftig besser über Schwangerschaftsabbrüche informieren können, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Das stärkt vor allem

das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Und deshalb war ich auch dafür.

Gut, dass die rot-grün-gelbe Koalition hier der gesellschaftlichen Realität entspricht. Und gut, dass wir es endlich so nennen, wie es ist: Es geht hier nämlich nicht um „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche, sondern um Information. Um wichtige Vorabinformationen zu einem physisch und vor allem psychisch sehr fordernden Eingriff.

Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, mussten bislang mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, wenn sie sachliche Informationen über den Ablauf und die Methoden des Schwangerschaftsabbruchs öffentlich, etwa auf ihrer Homepage, bereitstellten. Betroffenen Frauen wurde der Zugang zu sachgerechten Informationen erschwert. Und auch das Auffinden von geeigneten Ärztinnen und Ärzten

wurde mit der bisherigen restriktiven Regelung nahezu unmöglich gemacht.

Die bisherige Regelung hat insbesondere ungewollt schwangere Frauen extrem benachteiligt und sie in einer ohnehin schwierigen Phase ihres Lebens zusätzlich extrem belastet.

Begleitende Änderungen des Heilmittelwerbegesetzes werden übrigens dafür sorgen, dass irreführende oder abstoßende „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche weiterhin verboten bleibt.

Zudem sollen durch eine neue Regelung im Strafgesetzbuch strafgerichtliche Urteile wegen Werbung/Information für den Schwangerschaftsabbruch, die nach dem 3. Oktober 1990 ergangen sind, aufgehoben und die Verfahren eingestellt werden. Verurteilte Ärztinnen und Ärzte sollen von dem ihnen anhaftenden Strafmakel befreit werden, der sie mit Blick auf ihr Berufsethos besonders belastet.

Mit der Streichung von Paragraph 219a geben wir als Ampelkoalition Frauen in diesem Land ein Stück der Selbstbestimmung zurück, die ihnen dieser Paragraph genommen hat.



Das neue FRAKTION INTERN der SPD-Bundestagsfraktion ist da.

24 Seiten zur Zeitenwende in der bundesdeutschen Politik:

Was der Angriffskrieg gegen die Ukraine für die deutsche Außen- und Energiepolitik bedeutet.

Einfach auf das Titelmotiv klicken und online lesen!

REINHÖREN:

Aktuelles zum 9-Euro-Ticket, dem 100-Mrd.-Sondervermögen für die Bundeswehr und zu Waffenlieferungen an die Ukraine



# JOBCENTER

## BERATEN STATT STRAFEN

Ende Mai hat mich der Bayerische Rundfunk gleich zweimal zum Sanktionsmoratorium befragt, das wir im Bundestag verabschiedet haben und das der Ausschuss für Arbeit & Soziales, den ich als Vorsitzender leite, inhaltlich vorbereitet hat.

Auf dem Weg zum Bürgergeld, das wir zum 1. Januar 2023 einführen wollen, setzen wir hohe Sanktionen gegen Menschen in Grundsicherung aus. Nur wer

zweimal nicht zum Termin im Jobcenter erscheint, kann weiterhin bis maximal zehn Prozent des Regelsatzes sanktioniert werden. Die Jobcenter wollen und sollen beraten statt bestrafen. Aber sie haben uns in der öffentlichen Anhörung am Montag im Ausschuss auch klar gesagt, dass sie Sanktionen als Handhabe weiterhin brauchen. Mit der Neuregelung nehmen wir diese Bedenken ernst und setzen dennoch ein klares politisches Zeichen.



Mit einem Klick auf das www-Zeichen geht es zum Artikel auf meiner Homepage mit den beiden Beiträgen des Bayerischen Rundfunks.



# POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

## ÖPNV-TICKET: FÜR 9 EURO QUER DURCH DEUTSCHLAND

Was du wissen solltest über das 9€-Ticket!

**SPD** Soziale Politik für Dich.

### »» FÜR 3 MONATE GÜLTIG

Es gilt vom **1. Juni bis zum 31. August 2022.**

Das Ticket kann man erwerben:

- » über gemeinsame **Online-Plattform**
- » am **Fahrscheinautomaten**
- » im **Kundencenter**

### »» 9 EURO PRO MONAT

**Abos** werden automatisch auf **9 Euro abgesenkt.**

Der **Differenzbetrag** wird in den Folgemonaten **ausgeglichen.**

Für **Semestertickets, Jobtickets, 9-Uhr-Abos** etc. wird es eine **Erstattung** für den Zeitraum Juni bis August geben.

### »» GILT BUNDESWEIT

Das Ticket gilt im **öffentlichen Personennahverkehr** in der **2. Klasse bundesweit.**

- » Linienbusse
- » Straßenbahnen
- » U-Bahnen
- » S-Bahnen
- » Regionalbahnen
- » Regionalexpress-Züge
- » Fähren

# BESCHLOSSEN:

## 30 MRD. ENTLASTUNGEN

Die Ampel-Koalition entlastet Familien, Arbeitnehmer und Rentnerinnen angesichts der steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten mit **30 Milliarden Euro**:

- Die **Energiepreispauschale von 300 Euro** entlastet 44 Millionen Erwerbstätige!
- Familien erhalten einen **Kinderbonus von 100 Euro** für jedes kindergeldberechtigte Kind. Damit der Bonus gerade auch Familien mit geringeren Einkommen zugute kommt, wird er nicht auf Transferleistungen angerechnet.
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten ab Juli 2022 einen **Kindersofortzuschlag von 20 Euro** pro Monat. Davon profitieren Kinder, deren Familien Anspruch auf Grundsicherung, Sozialhilfe oder auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt haben.
- Von einer erneuten **Einmalzahlung von 100 Euro** (zusätzlich zu den bereits beschlossenen 100 Euro) profitieren diejenigen, die Grundsicherung, Sozialhilfe oder Unterstützung nach Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.
- Angehoben werden außerdem der **Grundfreibetrag** und der **Arbeitnehmer-Pauschbetrag**: Der wichtigste Steuerfreibetrag ist der Grundfreibetrag. Jeder Bürger hat Anspruch darauf – egal ob Kleinkind, Arbeitnehmer oder Rentner. Der Grundfreibetrag ist für alle gleich hoch. Für jeden Einzelnen war bislang im Jahr 2022 ein Einkommen bis zu 9.984 Euro nicht zu versteuern, jetzt wurde der Betrag auf 10.347 Euro angehoben. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag (auch Werbekostenpauschale genannt) wurde

um 200 Euro auf 1.200 Euro angehoben. Bedeutet: Kosten, die rund um die Arbeit entstehen (Berufskleidung, Fortbildung, Zweitwohnung, Umzug, ...) werden pauschal mit 1.200 Euro angesetzt und vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Auch, wenn man weniger als die 1.200 Euro ausgegeben hat.

- Die befristete Erhöhung der **Entfernungspauschale** für Fernpendler auf 38 Cent ab dem 21. Entfernungskilometer wird vorgezogen.
- Absenkung der **Energiesteuer** auf Kraftstoffe für 3 Monate auf das europäische Mindestmaß. Los geht's zum 1. Juni.
- Eine bundesweite **ÖPNV- und Regio-Flatrate für 9 Euro**: Deutschlandweit kann man damit im Juni, Juli und August für jeweils 9 Euro monatlich den Nah- und Regionalverkehr nutzen. Ausgenommen ist der Fernverkehr (ICE, IC, EC). Die ÖPNV-Tickets werden personalisiert sein, sind also nicht übertragbar. Kinder unter sechs Jahren fahren weiterhin kostenlos. Und wer bereits eine Jahreskarte o.ä. hat, dem werden die Kosten hierfür mit dem 9 Euro-Ticket verrechnet. Es steht also niemand schlechter da, wenn er bereits jetzt schon den ÖPNV nutzt! Mehr zum ÖPNV-Ticket auf Seite 3 meines Newsletters!



Zum Entlastungspaket der Bundesregierung war ich am 12. Mai im Tagesgespräch auf BR2 und in ARD-alpha (ab Minute 17:35) zu Gast. Zum Anhören auf das B2-Logo klicken!



# GÄSTE

## UND GLOSSE

### 1. Was war

Eine der ersten Gruppen, die nach der Wiederaufnahme der Gästeprogramme den Deutschen Bundestag besuchen konnte, waren Würzburger Studierende mit ihrem Professor Peter Bofinger. Selbstverständlich habe ich sehr gerne mit einem Diskussionstermin im Reichstagsgebäude diese Bildungsreise unterstützt, da ich mit dem ehemaligen Wirtschaftsweisen Bofinger seit Jahren im guten Austausch stehe.

### 2. Was ich dazu veröffentlicht habe

Und für mich genauso selbstverständlich, dass ich zu diesem Besuch eine Pressemitteilung verfasse. Immerhin war es für mich nicht nur die erste Besuchergruppe nach der Corona-Zwangspause, sondern eben auch eine Gruppe, mit der ich aufgrund ihres Studiums eine besonders intensive Diskussion führen konnte.

Hier ein Auszug aus meiner Pressemitteilung:

*Bernd Rützel berichtete aus dem politischen Alltag in Berlin. (...) Nachfragen der Studierenden drehten sich um aktuelle Themen aus dem Bereich Arbeit und Soziales. Besonders interessiert waren die Teilnehmerinnen*

*und Teilnehmer an Fragen der Nachhaltigkeit des Rentensystems. Aber auch die Rolle der work-life balance im Arbeitsleben und deren gesellschaftspolitische Implikationen wurden intensiv diskutiert.*

### 3. Was das Main-Echo daraus gemacht hat

Weshalb ich das an dieser Stelle so ausführlich dokumentiere? Weil das Main-Echo meine Pressemitteilung in einer Glosse verarbeitet hat und mir darin zu viel Zeit und Sightseeing-Touren unterstellt hat:

#### ***Hingeschaut: Zeit für alles, nur nicht für Politik***

*(...) Der Sozialdemokrat Bernd Rützel aus dem Main-Spessart-Kreis hat uns mit einer Pressemitteilung beehrt, dass er den Gästeführer durch Berlin für irgendeine Gruppe machen durfte. Welche? Schon vergessen, der Arbeits-Spezialist seiner Partei Rützel wuselt mit so vielen Vereinen und Verbänden durch die Hauptstadt, dass wir den Überblick verloren haben.*

*Politik ist schon so ein Geschäft. Egal, ob sie zum Schreien ist oder sprachlos macht: Es lässt sich bisweilen der Eindruck nicht verwehren, dass manche Politiker(innen) viel zu viel Zeit haben, genau das nicht zu tun, wofür sie ursprünglich gewählt wurden. (...)*

Eine politische Diskussion als Sightseeing abzutun — das hat mich schon sehr irritiert, zumal es für mich wichtig ist, sich gerade für junge Menschen Zeit zu nehmen, mit ihnen zu diskutieren, ihre Anliegen kennenzulernen und Politik zu vermitteln .

Wir müssen uns nicht über Politikverdrossenheit wundern, wenn die Arbeit eines Abgeordneten so lächerlich gemacht wird.

Schade, liebes Main-Echo - vielleicht wollen Sie mich mal eine Woche in Berlin begleiten?



Alexander Fox (PlatNet Fox), pixabay.de

# FERNFAHRER

## ARBEITSBEDINGUNGEN

Gemeinsam mit Udo Schiefner, dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, habe ich eine Anhörung zu den Arbeitsbedingungen von Fernfahrern organisiert. Einst waren die Fernfahrer die Könige der Landstraße – inzwischen werden sie zerrieben zwischen immer weiter steigenden Anforderungen der Arbeitgeber und schlechten Arbeitsbedingungen, wie fehlenden Sanitäreinrichtungen und Sicherheitsmängeln auf der Straße. Dazu kommt die oft lange Abwesenheit von Zuhause.

Als Sachverständigen haben wir u.a. Burkhard Taggart eingeladen, den Vorsitzenden des Kraftfahrerkreises AB/MIL. Er schilderte die Arbeitsbedingungen von Fernfahrern, die Probleme, abends einen Stellplatz zu finden, den nächtlichen Lärm der Autobahn und die Temperaturen im Fahrerraum. Die Folge sind Unfälle durch Übermüdung und Überarbeitung.

Wir haben diese Anhörung initiiert, um bessere Arbeitsbedingungen in dieser Branche zu schaffen. Die Berufskraftfahrerinnen und -fahrer brauchen Arbeitssicherheit, ein ordentliches Arbeitsumfeld und Wertschätzung, die sich sowohl im Gehalt als auch im Verhalten ihnen gegenüber zeigt.



Bruno Germany, pixabay.de

# CORONA

## 4. CORONA-STEUERHILFEGESETZ

Steuerhilfegesetz? Verlustrücktrag? Investitionsfristen? Klingt wie alles, was mit Steuern zu tun hat: eher langweilig und sperrig. Trotzdem ist das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz eine ziemlich gute Sache.

Denn mit diesem Gesetz werden eine Reihe schnell greifender steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen umgesetzt. Weil noch immer viele Selbstständige, Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter den wirtschaftlichen Folgen der Krise leiden.

Zum Vierten Corona-Steuerhilfegesetz gehören unter anderem: Steuerfreie Corona-Zahlungen für Beschäftigte im Gesundheitssektor (inklusive Erweiterung auf Arztpraxen und das Rettungswesen), Verlängerung der Homeoffice-Pauschale, Verlängerung der degressiven Abschreibung, längeren Investitionsfristen bei Investitionsabzugsbeträgen und Anpassung des erweiterten Verlustrücktrags.



Klingt alles immer noch super kompliziert? Dann hier oder auf das Foto klicken und ausführlich erklären lassen.



SPD Estenfeld

## 1. MAI IN ESTENFELD

Es tat so gut, wieder gemeinsam den 1. Mai feiern zu können! Ich habe mich daher auch sehr über die Einladung nach Estenfeld in den Landkreis Würzburg gefreut, zumal ich dort auch viele bekannte Gesichter wiedersehen konnte.

Bei der traditionellen Maifeier, von der örtlichen SPD mit der IG BAU zusammen organisiert, war auch die komplette Spitze der Landkreis-SPD anwesend. Gemeinsam freuten wir uns nicht nur über das gute Wetter und den regen Zuspruch, sondern auch auf das Freibier, das hier aus Tradition vom SPD-Ortsverein ausgeschenkt wird!



## MINDESTLOHN MEINE REDE IM BUNDESTAG

Der Mindestlohn steigt ab Oktober auf 12 Euro die Stunde: 6,2 Mio. Menschen profitieren davon. Noch 2014 hat die CSU gegen den Mindestlohn plakatiert, heute gilt er als Erfolgsmodell. Der Mindestlohn ist ein Mindeststandard, Goldstandard sind Tariflöhne und sichere, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.



Zu meiner Rede vom 28.04. geht es mit einem Klick auf das Foto!





# ZEITENWENDE

## AUCH FÜR DIE INDUSTRIE

Bei einem Fachgespräch auf Einladung der UnterfrankenSPD zum Thema „Industriestandort Unterfranken in der Zeitenwende – Krise meistern, gute Arbeit sichern, Zukunft gestalten“ in Schweinfurt diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Veränderungsdruck auf die Wirtschaft durch den Krieg in der Ukraine, Corona, die Digitalisierung und die Herausforderungen des Klimawandels.

Mit dabei waren u.a. Vertreter der IHK Schweinfurt und der Jopp Holding GmbH, Betriebsräte von Schaeffler und Bosch-Rexroth und Genossinnen und Genossen der AfA aus ganz Unterfranken.

Der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Florian von Brunn, der zuvor auch Gast in der Sitzung des Bezirksvorstands war, betonte, wie wichtig es sei, die Energiewende viel schneller voranzutreiben: „Wir werden die Weichen bei der Energiewende jetzt so stellen, dass der Ausbau von Windkraft und Stromleitungen auch in Bayern endlich Fahrt aufnehmen kann! Damit werden wir mittelfristig auch die Energiepreise deutlich senken.“ Zu den von der CSU angekündigten Ausnahmen für den Windkraftstopp 10H sagt der Fraktionsvorsitzende: „Das ist nur ein lauer

Kompromiss, der wenig bringt und uns bei der Energiewende wertvolle Zeit kostet. Die Windkraft und damit die Energiewende scheitern in Bayern nicht am Milan, sondern am Markus.“ Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits 2021 zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung einen Masterplan für ein klimaneutrales und soziales Bayern erarbeitet, der Klimaschutz und die Sicherung von Arbeitsplätzen verbindet. Es müsse nun dringend diskutiert werden, wie der derzeitige Fachkräftemangel behoben und die Energiekosten für kleine und mittelständische Unternehmen gesenkt werden könnten.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag machte ich klar: „Digitalisierung, Klimawandel, Fachkräftemangel, teure Energie und unzuverlässige Lieferketten verändern unsere Wirtschaft in noch nie dagewesener Geschwindigkeit. Diesen Wandel aktiv zu gestalten und auch in Zukunft ein wirtschaftsstarkes Land zu sein, gelingt nur, wenn Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen.“

MdL Volkmar Halbleib wies auf Probleme der lokal ansässigen Industrie, wie Rohstoffmangel, einen lückenhaften Ausbau des ÖPNV und eine schleppende Digitalisierung, hin. Mit Blick auf den Fachkräftemangel sagte Halbleib: „Nur mit gemeinsamen politischen Konzepten für einen modernen Wirtschaftsstandort in Unterfranken, attraktiven Arbeitsplätzen und fairen Arbeitsbedingungen mit Tarifentlohnung, können wir mehr Fachkräfte nach Schweinfurt holen und die Stadt zu einem wirtschaftlich modernen Standort machen.“



Edith Rützel

# JUBILÄUM

## 100 JAHRE SV RIENECK

Als Schirmherr des Jubiläums 100 Jahre SV Rieneck habe ich mich sehr über das „Heimspiel“ gefreut. Ein toller Verein ist das, vor allem auch außerhalb des Rasens mit seinem Engagement für den Reha-Sport.



Büro Bernd Rützel

# HANDWERK

## GESPRÄCH MIT GEBÄUDEREINIGERN

Es war ein sehr gutes Treffen mit dem Präsidenten und Bundesinnungsmeister des Gebäudereiniger-Handwerks, Thomas Dietrich (re.), und dem Hauptgeschäftsführer Wolfgang Molitor (li.).



Lebenshilfe

# LEBENSHILFE

## PARLAMENTARISCHER ABEND

Der Parlamentarische Abend der Lebenshilfe ist für mich jedes Jahr ein Pflichttermin. Unsere ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ist die Bundesvorsitzende, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hielt eine starke Rede.



Bernd Rützel

# CARITAS

## 125 JAHRE AKTIVE NÄCHSTENLIEBE

„Es braucht ein Mehr an Solidarität, Engagement und Gerechtigkeit angesichts der Krisen in der Welt“, sagte Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa beim Parlamentarischen Abend der Caritas-Mitarbeiterseite. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit.



Büro Martina Fehlner

## IM KLINIKUM ASCHAFFENBURG-ALZENAU

Nicht nur in der Pandemie leisten die Mitarbeitenden im medizinischen und pflegerischen Bereich Großartiges – so auch am Klinikum Aschaffenburg-Alzenau. Gemeinsam mit MdL Martina Fehlner und dem Vorsitzenden der SPD Landkreis Aschaffenburg, Wolfgang Jehn, war ich vor Ort, um „Danke!“ zu sagen und einen Überblick über die aktuelle Situation zu erhalten.

Die Situation der Krankenpflegekräfte ist eines der Themen, das die Betriebsräte des Klinikums um ihren Vorsitzenden Andreas Parr umtreibt und das in unserem Gespräch mit den beiden Geschäftsführern Katrin Reiser und Sebastian Lehotzki viel Platz einnahm. Es sind viele Bausteine, die berücksichtigt werden müssen: Gute Rahmenbedingungen (Arbeitszeitreduzierung, Flexibilität für Arbeitnehmer, Work-Life-Balance), Berufsbild aufwerten, Einbindung/Anwerbung ausländischer Krankenpflegekräfte (Anerkennung der Abschlüsse), mehr Investitionen in Ausbildung und vieles mehr.



Einen ausführlicheren Bericht zu meinem Besuch gibt es auf meiner Homepage.



Büro Martina Fehlner

## 140 BAHNHÖFE BEI DER BUNDESPOLIZEI

Mit Martina und Wolfgang war ich am außerdem zu Besuch bei der Bundespolizei in Aschaffenburg. Wir hatten einen sehr interessanten Austausch mit den diensthabenden Polizeibeamten um Polizeidirektor Dr. Sven Schultheiß von der übergeordneten Bundespolizeiinspektion Würzburg.

Insgesamt ist die Bundespolizeiinspektion Würzburg für ganz Unterfranken und Teile Oberfrankens zuständig und hat - wie in Aschaffenburg - insbesondere mit bahnpolizeilichen Aufgaben zu tun (so auch am Hbf Würzburg und am Bf Bamberg).

Das heißt: Gewährleistung der Sicherheit und Gefahrenabwehr auf dem Gebiet der Bahnanlagen und Eisenbahnen des Bundes. Das betreute Streckennetz umfasst um die 140 Bahnhöfe und Haltepunkte mit über 990 Bahnkilometern und einem Verkehrsaufkommen von mehr als 90.000 Reisenden pro Tag.

Herzlichen Dank für die Einblicke in die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten der Beamten und für die tägliche Arbeit, mit der sie rund um die Uhr für unsere Sicherheit sorgen.



Bernd Rützel

## DGB-CHEFIN

**YASMIN FAHIMI**

Herzlichen Glückwunsch, liebe Yasmin Fahimi, zur Wahl zur neuen DGB-Bundesvorsitzenden! Ich bin mir sicher, dass wir weiterhin sehr gut miteinander arbeiten werden, von Gewerkschafter und Sozialdemokrat zu Gewerkschafterin, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und Sozialdemokratin, und das zum Wohl aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Hier klicken und auf meinem **YouTube-Kanal** alle meine Bundestags-Reden, meine bisherigen Online-Veranstaltungen sowie zahlreiche Video-Statements anschauen:



Büro Bernd Rützel

## PRÄMIERT

**„BRAUEREI DES JAHRES“**

Die Streck-Bräu aus Ostheim vor der Rhön wurde von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) als „Brauerei des Jahres 2022“ ausgezeichnet und bekam den Goldenen Bundesehrenpreis für das beste Gesamtergebnis im Qualitätswettbewerb.

Das freut mich sehr, denn vor einiger Zeit war ich zur Besichtigung vor Ort und habe den kleinen Familienbetrieb mit über 300-jähriger Geschichte als innovatives Unternehmen kennengelernt.

Herzlichen Glückwunsch, Wohl bekomm's und ein Prosit auf viele weitere gute Jahre!



Meinen Glückwunsch habe ich als Video-Botschaft übermittelt. Mit Klick auf das Foto startet das Video.

**TAGESAKTUELL**  **INFORMIERT:**

[facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://instagram.com/bernd_ruetzel)

[bernd-ruetzel.de](https://bernd-ruetzel.de)

# GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER



Büro Martina Fehlner

Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-  
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie erfrischend ist es, in diesen Tagen durch Aschaffenburg zu spazieren: Die Eiscafés sind bestens besucht. Da wird geplaudert, gelacht und debattiert und Kinder löffeln genüsslich ihr Spaghetti-Eis. Gegen Abend lockt der Duft von gegrillten Bratwürsten in die Biergärten. Ausgelassene junge Leute ziehen grüppchenweise durch die Straßen in die Clubs, während Ehepaare in feiner Abendgarderobe in Richtung Theater flanieren. Das öffentliche Leben ist zurück und mit ihm Konzerte, Ausstellungen, Vereinsfeiern: all jenes eben, was den Geschmack des Lebens ausmacht. Schön, dass all dies wieder möglich ist.

Und auch die herrliche Ausflugs- und Urlaubszeit hat wieder begonnen. Für die bayerischen Gastronomen und Hoteliers, die Freizeitparks, Bootsverleihe und Gästeführer ist das ein Segen. Denn nach zwei Jahren Krise hat die Tourismusbranche viel aufzuholen: „Nur“ 61 Millionen Übernachtungen wurden im Reise-land Bayern im vergangenen Jahr getätigt – gegenüber mehr als 100 Millionen im Vor-Corona-Jahr 2019. Diese Einbrüche haben Wunden hinterlassen, die erst langsam heilen. Eines ist gewiss: Die Branche braucht auch weiterhin die ganze Unterstützung der Politik. Es ist ein positives Signal, dass nun zusätzliche Bundesmittel für den Tourismus in Höhe von sechs Millio-

nen Euro zur Verfügung gestellt werden, ein beträchtlicher Anteil davon für das Auslandsmarketing. Ob es die Wandertour im Spessart oder das Genusswochenende am Ammersee ist: Reisen bedeutet mobil sein. Und Mobilität ist teuer geworden. Die Bundesregierung hat für Juni, Juli und August bundesweit 9-Euro-Tickets für die Nutzung des ÖPNV aufgelegt. Das stellt die beteiligten Verkehrsbetriebe allerdings vor einige Herausforderungen. Auch der Umfang der Mitfinanzierung durch die Bundesländer ist abschließend noch nicht geklärt. Prinzipiell ist die gefahrene Linie aber richtig: Vielleicht ist jetzt der beste Moment, um unser Mobilitätsverhalten zu ändern. Wir müssen so schnell wie möglich weg vom klimaschädlichen Individualverkehr.

Es ist zu wünschen, dass die vergünstigten Monats-tickets Appetit machen auf stärkere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Wenn das zeitlich begrenzte Angebot jedoch eine langfristige Wirkung entfalten soll, braucht es mehr. Die SPD-Landtagsfraktion dringt deshalb auf einen raschen Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen, engere Taktungen – und langfristig attraktive Preise. Wir wollen, dass Arbeitnehmer auch in ländlichen Räumen zuverlässig öffentlich zur Arbeit und zurückkommen. Und dass Urlauber bequem auch ohne Auto ans Ziel kommen.

Die Corona-Pandemie, der Klimawandel und der Krieg Russlands haben die Welt verändert. Nun liegt es an uns, mit den Veränderungen klug und besonnen umzugehen – und unsere Zukunft weiterhin mit Zuversicht aktiv zu gestalten.

Herzlichst, Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuerou@martina-fehlner.de